

16. Juni 2009

Presseinformation ▪ Presseinformation

Ein neuer europäischer Pakt für Stahl Dringend erforderliche Maßnahmen für die Beschäftigten der europäischen Stahlindustrie

5 Forderungen an die Regierungen - 5 Forderungen an die Arbeitgeber

Die stahlproduzierenden Regionen Europas leiden seit November 2008 unter dem beispiellosen Einbruch von Nachfrage und Produktion. Mit einem Rückgang der europäischen Produktion um 50% in einigen Unternehmen macht sich dieser Abschwung nun deutlich bemerkbar. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Hunderttausende Stahlarbeiter finden sich als Opfer der Krise wieder. Ob nun aufgrund sofortiger Entlassung, der Kündigung von Zeit- und Leiharbeitnehmern, durch Unsicherheit aufgrund von Kurzarbeitsvereinbarungen (wo bestehend) oder Kürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich: es sind alle Beschäftigten der Stahlindustrie betroffen. Die Lage wird sich in den nächsten Wochen noch verschlimmern, da ein großer Teil der Kernbelegschaft betroffen sein wird. Diese Beschäftigten sind nur die Spitze des Eisbergs in den stahlproduzierenden Regionen und Städten. Es gibt noch wesentlich mehr Beschäftigte in der örtlichen Lieferkette und in den Subunternehmen, die von den globalen Stahlunternehmen abhängig sind.

Wir erleben gerade einen kritischen Moment in der Geschichte unseres Sektors. Heute verloren gegangene Produktionsanlagen und stillgelegte Hochöfen werden vielleicht nicht ersetzt. Stahl ist das Rückgrat der europäischen verarbeitenden Industrien und der Verlust von Kapazitäten in der europäischen Stahlproduktion wird diesen Industrien einen schweren Schlag versetzen.

Stahl spielt eine zentrale Rolle bei der Verfolgung unserer gemeinsamen politischen Ziele. Stahl ist ein grundlegender Faktor einer nachhaltigen Antwort auf den Klimawandel. Es wurde viel politische und finanzielle Energie darauf verwendet sicherzustellen, dass Europa globaler Marktführer bei Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien, der kohlenstoffarmen Bauindustrie und grünerer Fahrzeuge ist. Eine begleitende starke und innovative europäische Stahlindustrie ist extrem wichtig. Der Erhalt von Kompetenzen und Fachkenntnis im europäischen Stahlsektor ist unverzichtbar für die Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit nach Überwindung der Krise.

Unsere europäische Stahlindustrie braucht dringend eine moderne, koordinierte und umfassende Sozial- und Industriepolitik, um sicherzustellen, dass wir bei Erholung der Nachfrage auch in der Lage sind, alle Standorte wieder in Betrieb zu nehmen und die Beschäftigten zwischenzeitlich unterstützt werden.

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) fordert von der Europäischen Kommission und den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihr Treffen am 18. und 19. Juni:

- die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rahmens für Kurzarbeitsvereinbarungen zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen und zum Schutz der Beschäftigten, der allen betroffenen Beschäftigten in allen

International Trade Union House (ITUH)
Boulevard du Roi Albert II, 5 (bte 10)
B-1210 Brussels
Tel: +32/(0)2/227 10 10
Fax: +32/(0)2/217 59 63
www.emf-fem.org • emf@emf-fem.org

Press Release

- europäischen Ländern zur Verfügung steht; dieser Rahmen muss den Erhalt der Beschäftigung und der Kaufkraft sowie das Recht auf Zugang zu sowie die Bereitstellung von Ausbildung und Umschulung für alle Beschäftigten garantieren,
- die unverzügliche Entwicklung einer proaktiven sozial- und beschäftigungspolitischen Agenda auf europäischer Ebene, einschließlich besserer Rechte für Zeitarbeitnehmer und prekär Beschäftigte, und die Stärkung der Sozialversicherungssysteme und der Arbeitsvermittlung,
 - die dringend notwendige Erarbeitung eines größeren, besser koordinierten Konjunkturpakets, einschließlich eines europäischen Investitionsplans mit einem jährlichen Umfang von 1% des BIP für die nächsten drei Jahre und die Investition öffentlicher Gelder in groß angelegte Projekte, einschließlich Infrastruktur, die zu verstärkten innovativen Möglichkeiten für eine kohlenstoffarme Wirtschaft beitragen (im Bereich Energie, Mobilität etc.) und mit Hilfe von in Euro bewerteten europäischen Pfandbriefen finanziert werden,
 - die strikte Durchsetzung der EU-Handelsgesetze und der handelspolitischen Schutzmaßnahmen, um den Steuer- und Zollprotektionismus durch stahlproduzierende Drittländer zu bewältigen,
 - die öffentliche Finanzierung von F&E in Bezug auf kohlenstoffarme Stahltechnologien sowie CO₂-Abscheidung und Speicherung, wobei Pilotprojekte zu vollständigen Abläufen ausgeweitet werden.

Der EMB fordert die Arbeitgeber der Stahlindustrie dazu auf:

- in Bezug auf ihre Arbeitskräfte verantwortungsvoll zu handeln, durch die Festlegung auf ausgehandelte Lösungen und Respektierung der Tarifvereinbarungen sowie der Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung und Anhörung,
- einen finanziellen Beitrag zur Sicherung des Ausgleichs für von Kurzarbeit betroffene Beschäftigte und den vollen Erhalt der Kaufkraft zu leisten,
- sicherzustellen, dass die Beschäftigten in Zeiten geringer Produktion Zugang zu Fortbildung haben, um die Kompetenzen des Sektors zu erhalten und die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern,
- eine klare industrielle Strategie zum Erhalt und zur gleichzeitigen Wiederinbetriebnahme von Ausrüstung und Anlagen (v.a. Hochöfen) in Vorwegnahme einer wirtschaftlichen Erholung zu entwickeln,
- die Investitionszusage in Bezug auf F&E in Europa einzuhalten, Innovationen und neue Produkte für eine kohlenstoffarme Wirtschaft während des momentanen Abschwungs (die Sanierung von Hochöfen ist in Zeiten geringer Produktion einfacher) sowie nachhaltige Investitionspolitiken in der Zukunft zu fördern und dadurch F&E und Beschäftigung statt exzessiver Profite zu begünstigen.

PRESS 25/2009

Der EMB ist das Organ zur Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer der Europäischen Metallindustrie. Der EMB hat ein Mandat für die Außendarstellung und die

International Trade Union House (ITUH)
Boulevard du Roi Albert II, 5 (bte 10)
B-1210 Brussels
Tel: +32/(0)2/227 10 10
Fax: +32/(0)2/217 59 63
www.emf-fem.org • emf@emf-fem.org



Press Release

Koordination der Gewerkschaften und ein Mandat sich mit Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene zu befassen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Herausgeber, Peter Scherrer, EMB-Generalsekretär

Judith Kirton-Darling, Politische Sekretärin Industriepolitik +32.2.227 1052